



Information zur Datenverarbeitung nach Artt. 13, 14 DSGVO im Rahmen des Hinweisgeberschutzgesetzes

Im Folgenden informieren wir Sie über die Verarbeitung von personenbezogenen Daten durch die Hotel Zoo Berlin Betriebs GmbH im Rahmen der Bereitstellung eines Hinweisgeber-Meldesystems sowie über die damit verbundenen datenschutzrechtlichen Regelungen, Ansprüche und Rechte.

Die Hotel Zoo Berlin Betriebs GmbH betraut einen externen Dienstleister als Verantwortlichen für die interne Meldestelle. Er wird verschiedene Meldekanäle bereitstellen und in seiner Funktion als Ombudsperson alle gesetzlich vorgeschriebenen Tätigkeiten im Zusammenhang mit der Bearbeitung von Meldungen ausüben. Die Vertraulichkeit und der Schutz des Hinweisgebenden, der Betroffenen und der Beschäftigten, die an der Aufklärung des gemeldeten Fehlverhaltens mitwirken, werden durch den Dienstleister garantiert.

Unser externer Dienstleister ist:

Unternehmensberatung Nancy Knüppel

Ombudsperson: Frau Nancy Knüppel

Friedrich-Ebert-Str. 54, 14469 Potsdam

E-Mail: meldung@hinweisgeber-lotse.de

Meldeformular <https://hinweisgeber-lotse.de>

Unsere Ombudsfrau hat das Vertraulichkeitsgebot zu achten und ist bei der Ausübung ihrer Tätigkeiten unabhängig und weisungsfrei. Sie setzt eine webbasierte Software / Hinweisgeber-Meldesystem ein, welches bei der Aufdeckung betrieblicher Missstände unterstützt. Durch die Nutzung des Systems können kriminelle, illegale, moralisch verwerfliche oder unlautere Handlungen frühzeitig aufgedeckt und verhindert werden. Dadurch können nicht kalkulierbare materielle und immaterielle Schäden sowie Imageschäden abgewendet werden.

Zweck der Datenverarbeitung

Die von der Hotel Zoo Berlin Betriebs GmbH beauftragte Person und ihre Vertretung verarbeiten die personenbezogenen Daten des/der Hinweisgebenden, sofern der Hinweis nicht anonym abgegeben wurde, sowie die personenbezogenen Daten der beschuldigten Person(en), wie Name und weitere Kommunikations- und Inhaltsdaten. Die Daten werden ausschließlich zum Zweck verarbeitet, Hinweise auf kriminelle, illegale, moralisch verwerfliche oder unlautere Handlungen auf einem sicheren und vertraulichen Wege entgegenzunehmen und diesen nachzugehen.

Kategorien der Datenverarbeitung im Rahmen des Hinweisgebersystems

Zur Erfüllung der aufgeführten Zweckbestimmung können folgende Kategorien personenbezogener Daten erhoben, verarbeitet und genutzt:

- Daten des/der Hinweisgeber(in) (Name, Vorname, Kontaktdaten, ggf. Name Arbeitsgeber, Funktion und andere auf das Arbeitsverhältnis bezogene persönliche Daten)
- Daten des/der Beschuldigten(in) (Name, Vorname, Kontaktdaten, ggf. Name Arbeitsgeber, Funktion andere auf das Arbeitsverhältnis bezogene persönliche Daten)
- Daten zur Meldung (fallbezogene Daten wie Art, Inhalt und Umfang von Verstößen, Fehlverhalten sowie Gefährdungen und Schädigungen)
- Datum und Zeit der Hinweise (bei Eingang des Hinweises über webbasiertes Meldeformular oder E-Mail)
- Persönliche Informationen, die in den Berichten des Aufklärungsteams identifiziert wurden, einschließlich Details über die erhobenen Behauptungen und diese unterstützenden Beweise

Erfolgt die Meldung in anonymer Form werden Daten des Hinweisgebers nicht erhoben.

Jede andere Information, die in den Untersuchungsergebnissen und in dem auf den Bericht folgenden, weiterführenden Verfahren identifiziert wurden, z.B. Informationen über strafbares Verhalten oder Daten über rechtswidriges oder unzulässiges Verhalten, soweit dies gemeldet wurde.



Rechtsgrundlage der Datenverarbeitung

Das Hinweisgeberschutzgesetz (HinSchG) fordert die Einrichtung eines Hinweisgebersystems, um Beschäftigten und Dritten auf geeignete Weise die Möglichkeit einzuräumen, geschützt Hinweise auf Rechtsverstöße im Unternehmen zu geben. Die Einrichtung einer Hinweisgeber-Meldestelle sowie die Bearbeitung von Meldungen erfolgt aufgrund einer gesetzlichen Verpflichtung¹.

Die Erhebung, Verarbeitung und Weitergabe personenbezogener Daten der Personen, die in der Meldung genannt werden, dient der Wahrung berechtigter Interessen² der Hotel Zoo Berlin Betriebs GmbH. So ist es für uns ein berechtigtes Interesse, Gesetzesverstöße und schwere Pflichtverletzungen wirksam und mit einem hohen Maß an Vertraulichkeit aufzudecken, zu bearbeiten, abzustellen und zu sanktionieren und damit verbundene Schäden und Haftungsrisiken für die Hotel Zoo Berlin Betriebs GmbH.

Empfänger der Daten und Drittlandübermittlung (EU/EWR-Ausland)

Alle personenbezogenen Daten, die über die webbasierte Software erhoben oder anderweitig unserer Ombudsfrau zur Verfügung gestellt werden, werden nur denjenigen Personen zugänglich gemacht, die aufgrund ihrer Funktion eine legitime Notwendigkeit haben, diese Daten zu verarbeiten.

Geht der Hinweis über das Meldeformular oder per E-Mail ein, so wird der Hinweis, unter der Wahrung der Anonymität des/der Hinweisgebers/Hinweisgeberin, im Hinweisgebersystem unserer Ombudsfrau aufgenommen.

Nur dazu befugten Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen der Hotel Zoo Berlin Betriebs GmbH werden die Daten offenbart (Aufklärungsteam). Unsere Ombudsfrau entscheidet über den Umfang der Offenbarung von Daten unter Beachtung der Anforderungen des Hinweisgeberschutzgesetzes und der datenschutzrechtlichen Grundsätze.

In einigen Fällen können wir verpflichtet sein, die Daten Behörden (wie solche, die die rechtliche oder aufsichtsrechtliche Zuständigkeit über den Arbeitgeber haben, Strafverfolgungsbehörden und juristische Organe) oder externen Beratern (wie Buchprüfern, Wirtschaftsprüfern, Rechtsanwälten) mitzuteilen.

Sofern der/die Hinweisgebende seinen/ihren Namen oder andere personenbezogene Daten mitgeteilt hat (nicht anonymer Hinweis), wird die Identität - soweit rechtlich möglich - nicht durch unsere Ombudsfrau offengelegt und es wird zusätzlich sichergestellt, dass bei der Aufklärung keine Rückschlüsse auf die Identität möglich werden.

Werden personenbezogenen Daten durch externe Dienstleister verarbeitet, so geschieht dies grundsätzlich auf Basis von sogenannten Vereinbarungen zur Auftragsverarbeitung im Auftrag nach Art. 28 DSGVO. In diesen Fällen stellen wir bzw. unsere Ombudsfrau sicher, dass die Verarbeitung von personenbezogenen Daten im Einklang mit den Bestimmungen der DSGVO erfolgt und alle zur Verarbeitung personenbezogener Daten befugten Personen sich zur Vertraulichkeit verpflichtet haben oder einer angemessenen gesetzlichen Verschwiegenheitspflicht unterliegen.

Eine Übermittlung von personenbezogenen Daten in Drittländer (EU/EWR-Ausland) erfolgt nicht.

Dauer der Verarbeitung, Löschen der Daten

Die personenbezogenen Daten werden im jeweiligen Verfahren so lange aufbewahrt, wie es die Aufklärung und abschließende Beurteilung erfordert, ein berechtigtes Interesse oder ein gesetzliches Erfordernis besteht. Danach werden diese Daten entsprechend den gesetzlichen Vorgaben, frühestens nach 3 Jahren, gelöscht. Die Dauer der Speicherung richtet sich insbesondere nach der Schwere des Verdachts und der gemeldeten eventuellen Pflichtverletzung.

Technische Hinweise zur Nutzung des Hinweisgebersystems

Die Kommunikation zum Meldeformular erfolgt über eine verschlüsselte Verbindung (SSL). Die IP-Adresse und Informationen zum Endgerät werden nicht im Hinweisgebersystem gespeichert.

Ihre Rechte, welche Sie wahrnehmen können

Ihnen stehen im Zusammenhang mit der Verarbeitung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten folgende Rechte zu:

- Gemäß Art. 7 DSGVO haben Sie das Recht, Ihre Einwilligung in die Datenverarbeitung jederzeit zu widerrufen. Durch den Widerruf der Einwilligung wird die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung nicht berührt.

¹ Art. 6 Abs. 1 lit. c DSGVO i.V.m. §§ 12-18 HinSchG

² Art. 6 Abs. 1 lit. f DSGVO



- Gemäß Art. 14 DSGVO haben Sie das Recht, wenn Ihre Daten ohne Ihre Kenntnis erhoben werden (etwa, weil sie als beschuldigte Person im Verfahren zur Aufklärung des Hinweises involviert sind), über die Speicherung, die Art der Daten, den Zweck der Verarbeitung und die Identität des Verantwortlichen und gegebenenfalls der Hinweisgeberin oder des Hinweisgebers (sofern der Hinweis nicht anonym abgegeben wurde) informiert zu werden. Wenn allerdings das Risiko erheblich wäre, dass eine solche Unterrichtung zur wirksamen Untersuchung des Vorwurfs oder zur Sammlung der erforderlichen Beweise gefährden würde, kann diese Information so lange aufgeschoben werden, wie diese Gefahr besteht. Die Information muss dann nachgeholt werden, sobald der Grund für den Aufschub entfallen ist.
- Gemäß Art. 15 DSGVO haben Sie das Recht, Auskunft über die personenbezogenen Daten zu Ihrer Person zu verlangen, die durch die Hotel Zoo Berlin Betriebs GmbH und unsere Ombudsfrau verarbeitet werden.
- Gemäß Art. 16 DSGVO haben Sie das Recht, die unverzügliche Berichtigung oder Vervollständigung falscher oder unvollständiger bei uns gespeicherter Daten zu verlangen.
- Gemäß Art. 17 DSGVO haben Sie das Recht, die Löschung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten, die bei uns gespeichert sind, zu verlangen, sofern die Verarbeitung nicht zur Ausübung des Rechts auf freie Meinungsäußerung und Information, zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung, welcher die Hotel Zoo Berlin Betriebs GmbH unterliegt, zur Wahrnehmung einer Aufgabe, die im öffentlichen Interesse liegt, oder zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen erforderlich ist.
- Gemäß Art. 18 DSGVO können Sie die Einschränkung der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten verlangen, wenn Sie die Richtigkeit dieser Daten bestreiten oder die Verarbeitung dieser Daten zu Unrecht erfolgt.
- Gemäß Art. 20 DSGVO haben Sie das Recht, die sie betreffenden personenbezogenen Daten in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format zu erhalten, und diese Daten einem anderen Verantwortlichen ohne Behinderung zu übermitteln oder durch uns übermitteln zu lassen.
- Gemäß Art. 21 DSGVO haben Sie das Recht, Widerspruch gegen die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten einzulegen, soweit dafür Gründe vorliegen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben. Ihre Daten werden dann nicht mehr verarbeitet, es sei denn, dass die Hotel Zoo Berlin Betriebs GmbH zwingende Gründe für die Verarbeitung nachweisen kann, die die Interessen, Rechte und Freiheiten der betroffenen Person überwiegen, oder dass die Verarbeitung der Geltendmachung Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen dient.
- Gemäß Art. 77 DSGVO i.V.m. § 17 BDSG haben Sie das Recht, eine Beschwerde gegen die Hotel Zoo Berlin Betriebs GmbH bei der zuständigen Aufsichtsbehörde vorzubringen. Diese ist:

Berliner Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit
Alt-Moabit 59 – 61, 10555 Berlin

Tel.: +49 (0)30 13889-0

E-Mail: mailbox@datenschutz-berlin.de

Verantwortliche Stelle im Sinne des Datenschutzrechts

Verantwortlich für die Verarbeitung der oben genannten personenbezogenen Daten und Ihrer damit in Zusammenhang stehenden Anträge und Anfragen ist die:

Hotel Zoo Berlin Betriebs GmbH
Kurfürstendamm 25, 10719 Berlin

Tel.: +49 (0) 30 884 37 0

Mail: info@hotelzoo.de

Falls Sie Fragen hinsichtlich des Datenschutzes haben, kontaktieren Sie bitte unseren Datenschutzbeauftragten:

Unser Datenschutzbeauftragter

Kay Kühnel

DataSolution LUD GmbH
Isarstraße 13, 14974 Ludwigsfelde

Mail: k.kuehnel@ds-lud.de